

DEMONSTRATIONEN

Propalästinensische Mahnwache nahe der Uni verlängert

13.05.2024, 15:53 Uhr • Lesezeit: 1 Minute



Transparente sind bei einer Mahnwache an der Moorweide nahe der Uni Hamburg zu sehen.

© Christian Charisius/dpa

Hamburg (dpa/Ino). Seit einer Woche gibt es in der Nähe der Hamburger Uni eine Mahnwache propalästinensischer Aktivisten. Die Aktion ist umstritten - wird nun aber noch weiter andauern.

Die seit einer Woche bestehende Mahnwache propalästinensischer Aktivisten nahe der Universität Hamburg soll noch drei weitere Wochen andauern. Nach einem Kooperationsgespräche mit dem Anmelder habe die Versammlungsbehörde die Verlängerung der Protestaktion bis zum 3. Juni bestätigt, sagte ein Polizeisprecher am Montag der Deutschen Presse-Agentur. Am vergangenen Freitag war die Mahnwache zunächst bis zum Montag verlängert worden. Sie dürfe nun weiter mit acht Zelten und vier Pavillons auf dem Theodor-Heuss-Platz am Bahnhof Dammtor abgehalten werden, hieß es.

An dem Protestcamp unter dem Motto „Finger weg von Rafah“ hatten sich seit vergangenem Montag teils bis zu 150 Menschen beteiligt. Im Netz hatten unter anderem die Gruppe „Students for Palestine HH“ (Studierende für Palästina) und die propalästinensische Gruppe Thawra zu dem Protestcamp aufgerufen.

Nach einem mutmaßlich antisemitischen Vorfall an der Uni hatte es in der vergangenen Woche massive Kritik an der Mahnwache gegeben. Bei einer Ringvorlesung mit dem Titel „Judenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antizionismus - aktuelle Formen antijüdischer Gewalt“ im Uni-Hauptgebäude war am Mittwoch eine 56-jährige Frau nach einem Streit ins Gesicht geschlagen und verletzt worden.

Nach Polizeiangaben setzte sich die 56-Jährige, die dem Vorstand der deutsch-israelischen Gemeinschaft angehört, mit Tritten und Bissen zur Wehr. Dabei sei auch die Angreiferin verletzt worden. Die 26 Jahre alte Somalierin stammt dem Vernehmen nach aus dem Dunstkreis der Mahnwache.

„Wenn von Demonstrationen oder Protestcamps Gewalt ausgeht, müssen diese sofort verboten und aufgelöst werden“, hatte Hamburgs Antisemitismusbeauftragter Stefan Hensel gefordert. Auch von CDU und FDP war eine Räumung des Camps verlangt worden.

© dpa-infocom, dpa:240513-99-14100/3 (dpa)

Anzeige



ZUR STARTSEITE >

DAS BESTE AUS ABENDBLATT PLUS



HAMBURG | POLITIK

Pro-Palästina-Camp in Hamburg: Aktivisten wollen bis September bleiben



SCHLESWIG-HOLSTEIN | PINNEBERG

Halbtote Küken im Nest: So geht es heute den zwei Störchen Charlie und Snoopy



HAMBURG | HAMBURG-NORD

Polizei Hamburg: Sechs Anzeigen nach homophoben Beleidigungen im Stadtpark

Abo

Anzeigenservice

Angebote



Service



Nachrichten aus Hamburg - Aktuelle Nachrichten und Hintergründe aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport - aus Hamburg, Deutschland und der Welt.

[IMPRESSUM](#) [DATENSCHUTZERKLÄRUNG](#) [DATENSCHUTZCENTER](#) [ABENDBLATT-AUTOREN](#)
[LESERBRIEFE](#) [ABO KÜNDIGEN](#)

Eine Webseite der **FUNKE** Mediengruppe

© 2024 FUNKE Mediengruppe